

## DER GRÜNE 10-PUNKTE-PLAN FÜR EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

1. Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft in Baden-Württemberg.
2. Dialogoffensive mit den Bäuerinnen und Bauern im Land über die Zukunft des Agrarstandorts Baden-Württemberg.
3. Ein zu 100 % gentechnikfreies Baden-Württemberg.
4. Spürbarer Ausbau der Öko-Landwirtschaft, 20% bis 2020.
5. Reform der EU-Agrarpolitik hin zu Umweltleistungen und arbeitsintensiven Prozessen (sog. Zweite Säule). Fördermittel für LandwirtInnen und nicht für Großindustrie und Handel.
6. Ausbau der Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen und Stärkung des Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg.
7. Ausbau der Herkunfts- und Qualitätssiegel und Beteiligung der VerbraucherInnen.
8. Fortentwicklung der Bioenergieförderung im Sinne des Klima-, Umwelt- und Landschaftsschutzes.
9. Eine an der Ökologie und dem fairen Handel orientierte und regionale öffentliche Beschaffung.
10. Förderung und Unterstützung von regionalen Vermarktungsstrukturen und regionalen Wirtschaftskreisläufen.

# ULMER ERKLÄRUNG ZUR ZUKUNFT DES AGRARSTANDORTS BADEN-WÜRTTEMBERG.



**VOLLE KANNE**

**HEIMAT.**

**JETZT!**

**MEINE  
KAMPAGNE**

Herausgeberin:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BW  
Forststraße 93, 70176 Stuttgart  
Telefon: 0711 993590  
E-Mail: landesverband@gruene-bw.de

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BADEN-WÜRTTEMBERG  
[www.GRUENE-BW.de](http://www.GRUENE-BW.de)

Unterstützen Sie uns auf  
[www.gruene-bw.de/mitmachen.html](http://www.gruene-bw.de/mitmachen.html)

## **ULMER ERKLÄRUNG ZUR ZUKUNFT DES AGRARSTANDORTS BADEN-WÜRTTEMBERG.**

Die vielfältige bäuerliche Landwirtschaft und die durch sie geprägte reiche Kulturlandschaft Baden-Württembergs sind ein Erbe, das es auch für künftige Generationen zu erhalten gilt und auf das die Menschen im Land zu Recht stolz sind. Die Politik ist gefragt, passende Rahmenbedingungen zu setzen, die für den Erhalt der Landschaft und sichere Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sorgen. Vor allem muss sichergestellt werden, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, was in ihrem Essen drin ist und auf die Qualität baden-württembergischer Produkte vertrauen können!

Schwarz-Gelb verschließt die Augen vor den Herausforderungen für eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik. Ob in Land, Bund oder Europa: CDU und FDP sind gegen Kleinbetriebe, gegen Umweltorientierung, gegen auskömmliche Preise für LandwirtInnen und machen eine Politik für industrielle Agrarfabriken. Die intensivierte und exportorientierte Agrarindustrie ist aber ein Irrweg. Im Dioxinskandal hat Ministerin „Handlungslos“ Aigner versagt, der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Köberle ist bisher vor allem mit seiner Ankündigung aufgefallen, die Umstiegsprämie für den Ökolandbau zu streichen. Und gemeinsam sind sie alle ganz schnell dabei, die Verantwortung von sich auf eine andere föderale Ebene abzuschieben.

Auch in der Landwirtschaft steht die schwarze Zukunftsvergessenheit gegen grüne Zukunftsorientierung. Wir sehen Agrarpolitik als ganzheitliche Aufgabe, die alle Politikebenen in die Pflicht und in die Verantwortung nimmt.

Die Bäuerinnen und Bauern sind dabei unsere PartnerInnen. Sie sind es, die den Boden bestellen und pflegen, von ihnen erwarten wir gute und gesunde Produkte, ihre Interessen müssen wir gegen die Agrarindustrie verteidigen. Mit regenerativen

Energien, Tourismus und Vertragsnaturschutz wollen wir zusätzliche Einkommensquellen für den ländlichen Raum erschließen. Für uns ist aber auch klar: Gute Lebensmittel müssen ihren ErzeugerInnen ein anständiges Einkommen bescheren. Wer in den Aufbau eines bäuerlichen Betriebs investiert, muss Planungssicherheit haben. Bäuerliche Landwirtschaft ist nicht ein schönes Relikt der Vergangenheit, sondern eine hochaktuelle Forderung unserer Zeit.

Welche Aussichten hat der Agrarstandort Baden-Württemberg? Welche Form der Landwirtschaft wollen wir in 20, in 50 Jahren haben? Die Zukunft wird maßgeblich von politischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Es wäre aber vermessen, die Entwicklung von Stuttgart aus aufzuoktroieren. Daher wollen wir eine Dialogoffensive mit den Bäuerinnen und Bauern im Land über die Zukunft des Agrarstandorts Baden-Württemberg starten. Ziel ist es, ein Leitbild für die Strukturpolitik im „Ländle“ zu entwickeln.

### **KEIN GIFT IM ESSEN – VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN**

Mündige VerbraucherInnen sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Damit eine Abstimmung mit dem Einkaufskorb auch tatsächlich möglich ist, muss Transparenz über die Produkte herrschen. Die in trauriger Regelmäßigkeit wiederkehrenden Lebensmittel-Skandale haben gezeigt: Sorgfalt bei der Nahrungsmittelproduktion ist nicht immer gegeben. Daher müssen Gesetzgeber im Bund und Land dringend für striktere Regeln und verlässliche Kontrollsysteme sorgen. Produkte, die möglicherweise belastet sind, müssen komplett aus dem Handel zurückgerufen und die Verursacher in Haftung genommen werden. Das System der Lebensmittel-, Futtermittel- und Veterinärkontrollen funktioniert nicht ausreichend, die Kontrollkapazitäten müssen erweitert und Verfahrensfehler nach einer Schwachstellenanalyse behoben werden. Damit Kapazitäten für bessere Kontrollen frei werden, muss Baden-Württemberg überflüssige Hygienevorschriften abschaffen, die für kleine Betriebe ohnehin nicht umsetzbar sind.

Der Skandal um mit Dioxin verseuchte Futtermittel hat in den letzten Wochen nochmals deutlich gezeigt, wie eng Verbraucherschutz und Agrarpolitik miteinander

verwoben sind. Eine GRÜNE Agrarwende ist echte Verbraucherpolitik, denn sie setzt auf bäuerliche Landwirtschaft statt auf Massentierhaltung, auf regionale Erzeugungsstrukturen statt auf Welthandel. Wir wollen hofeigene Futterproduktion fördern, z.B. durch den Anbau einheimischer Leguminosen. Dies hat nicht nur für die Rückverfolgbarkeit der Futterinhaltsstoffe große Vorteile, sondern mindert unsere Abhängigkeit von Futtermitteln, die irgendwo auf der Welt für unseren Fleischkonsum angebaut werden. Weitere Lebensmittelkandale werden wir nur verhindern können, wenn wir alle bereit sind, die Weichen in der Landwirtschaftspolitik neu und nachhaltig zu stellen.

### **VERBRIEFTE QUALITÄT**

Wir wollen im Qualitätszeichen des Landes Baden-Württemberg neben der Gentechnikfreiheit weitere Kriterien festlegen, damit die damit ausgezeichneten Produkte sich besser auf dem Markt durchsetzen können. Daneben wollen wir ein Netz aus kleinräumigen, regionalen Qualitätssiegeln fördern, bei denen die jeweilige Dachorganisation für die Qualität haftet und die VerbraucherInnen in die Aufstellung und Überwachung der Kriterien einbindet. Dies schafft Vertrauen und sichert das Einkommen der ErzeugerInnen. So wollen wir dazu beitragen, dass gesunde Ernährung zum sozialen Standard wird. Die Einführung der sog. Ampelkennzeichnung würde es den VerbraucherInnen überdies einfacher machen, sich gesund zu ernähren – auch hier blockieren Aigner & Co. Und auch hier ist es an der Zeit, zu handeln!

### **FÜR EIN GENTECHNIKFREIES BADEN-WÜRTTEMBERG**

Gute Lebensmittel sind garantiert gentechnikfrei! Daher wollen wir gentechnikfreie Zonen in Baden-Württemberg ausbauen und die rechtliche Grundlage für ein komplett gentechnikfreies Baden-Württemberg schaffen. Auf Bundes- und EU-Ebene werden wir uns für ein Verbot der Agrar-Gentechnik sowie ein Importverbot für gentechnisch veränderte Futtermittel einsetzen. Denn ein Nebeneinander zwischen gentechnikfreier Landwirtschaft und gentechnisch veränderten Pflanzen wird es nie geben können.

### **ÖKO-LANDBAU STÄRKEN**

Baden-Württemberg war ein bundesweiter Vorreiter bei der Öko-Landwirtschaft. Ihr Anteil liegt derzeit bei 7,2 Prozent der bewirtschafteten Fläche – wobei die jährlichen Zuwächse in vielen anderen Bundesländern größer sind. Die Orientierungslosigkeit der Landesregierung beim Öko-Landbau ist beschämend, auch hier verkennt sie die Zeichen der Zeit. Die Ankündigung, nach einer kurzen „Gnadenfrist“ doch keine weiteren Umstellungshilfen für den Bio-Landbau zu gewähren, ist ein Schlag ins Gesicht der LandwirtInnen. Gerade das Ursprungsland des biologisch-dynamischen Anbaus darf sich eine derartige Blöße keineswegs leisten!

Wir stehen zum Bio-Landbau und wollen dessen Anteil bis 2020 auf 20% steigern und dafür Planungssicherheit bei den Umstiegshilfen schaffen. Alle, die ökologisch produzieren wollen, müssen beim Umstieg unterstützt werden! Mit einer besseren Umweltbildung, Versorgung von Schul-, Universitäts- und Verwaltungsmensen mit biologischen und regionalen Nahrungsmitteln wollen wir zusätzliche Anreize für den Bio-Landbau schaffen. Darüber hinaus wollen wir „Bio“ und „Regional“ zum Standard bei öffentlicher Beschaffung machen.

### **FÜR REGIONALE PRODUKTE**

Auch für die kleinräumige konventionelle Landwirtschaft brauchen wir die passenden Rahmenbedingungen. Wir wollen vor allem traditionelle und naturverträgliche Formen der Landwirtschaft wie Streuobstbau, extensive Weidehaltung, Grünlandnutzung und Steillagenweinbau fördern und Projekte unterstützen, die Naturschutz, Klimaschutz und faire Preise verbinden. Die Zusammenarbeit von bäuerlichen Betrieben in Regionalgenossenschaften wollen wir weiterhin fördern. Mit einer Förderung für regionale Vertriebswege, ergänzt um ein Tierschutzsiegel, das für Transparenz bei Viehtransporte sorgt und eine Viehwirtschaft der kurzen Wege auszeichnet, wollen wir regionale Nahrungsmittelmärkte und Wirtschaftskreisläufe stärken. Daher setzen wir uns auch für die Stärkung der regionalen Vermarktung in den Naturparks und sogenannten PLENUM-Gebieten (Projekt des Landes Baden-Württemberg zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt) ein.

## **KLASSE STATT MASSE**

Die kommende Umgestaltung der europäischen Agrarförderung ist eine große Chance für die Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik und die Entwicklung der ländlichen Räume auch in Baden-Württemberg. Wir wollen die Chance nutzen, denn jetzt ist die Gelegenheit umzusteuern. Die öffentliche Meinung steht hinter uns, die Vorschläge der EU-Kommission gehen in unsere Richtung, doch Bundes- und Landesregierung wollen alles beim Alten lassen und blockieren eine Neuausrichtung. Auch hier wollen wir helfen, die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft gegen die Agrar-Industrie-Lobby durchzusetzen. Wir wollen eine Agrarpolitik, die der Umwelt, den VerbraucherInnen und den nachhaltig wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern gerecht wird und die aus den ländlichen Räumen keine Industriegebiete macht, aber auch keine Freilichtmuseen. Dafür muss Europa in die Verantwortung genommen werden. Wir müssen alle verfügbaren politischen Instrumente nutzen, das Ordnungsrecht wie den gemeinsamen EU-Außenhandel ebenso wie Markteingriffe. Für den Erhalt von Kulturlandschaften braucht es auch Instrumente wie das Branntweinmonopol, das wir erhalten wollen.

Es gilt, die Weltmarktorientierung abzuwenden, denn sie bedroht die LandwirtInnen und unsere einmalige Kulturlandschaft. Einen Vorgeschmack darauf, was die Weltmarktorientierung für die ErzeugerInnen bedeutet, bietet die Situation der Milchbäuerinnen und Milchbauern im Land. Wegen der Dumpingpreise bei der Milch mussten sie in den letzten Jahren vielfach ihre Betriebe aufgeben oder arbeiten am Rande der Wirtschaftlichkeit. Die „faire Milch“ gibt es nur mit GRÜN!

„Klasse statt Masse“, Qualitätswettbewerb statt Preiswettbewerb und fairen Handel statt der Heilsversprechungen des freien Marktes sind unser Ziel. Wir wollen eine Landwirtschaft, die klimafreundlich arbeitet und den Rückgang der Artenvielfalt stoppt. Wir fordern eine Förderung der Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten des ländlichen Raums und über leistungsbezogene Umweltpremien (sog. Zweite Säule), die Subventionierung der Agrar-Großkonzerne und der Industrielandwirtschaft muss dagegen endlich beendet werden.

## **LANDWIRTINNEN ALS ENERGIEWIRTINNEN – ABER NACHHALTIG**

Für die Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse in ihrer ganzen Vielfalt, von Holzpellets über Biodiesel und Bio-Ethanol braucht es feste Leitsätze, damit sie nicht zu negativen Folgen für Naturschutz, Landschaft oder Klima führt. Leitsatz Nummer eins ist die vorrangige Nutzung von Reststoffen oder anderweitig nicht benötigten Flächen für Energiegewinnung. Zweitens muss bei der energetischen Nutzung der Biomasse ein landschaftlicher oder ökologischer Mehrwert entstehen. Für uns GRÜNE sind diese Leitsätze Grundlage unseres Konzepts des Energiewirts. Viele LandwirtInnen nutzen die Erneuerbaren Energien jetzt schon als ein zusätzliches Standbein und halten als EnergiewirtInnen die Wertschöpfung im ländlichen Raum. Diese Errungenschaft GRÜNER Politik wollen wir erhalten und weiter ausbauen, z.B. durch die Beendigung der absurden Windkraft-Verhinderungspolitik der Landes-CDU.

Biogas ist eine Erfolgsgeschichte, die wir fortführen wollen. Die politische Rahmensetzung für die Nutzung von Biogas muss aber den globalen Rahmenbedingungen angepasst werden, damit der Anbau von Energiepflanzen nicht nur zur Energiegewinnung und zur Einkommenssicherheit von LandwirtInnen beiträgt, sondern auch unser Landschaftsbild nicht zerstört. Monokulturen aus Mais können wir schon aus Gründen der Artenvielfalt nicht gut heißen. Eine Flächenkonkurrenz zwischen Energiepflanzen- und Nahrungsmittelanbau mit Auswirkungen auf Naturschutz und Tourismus wollen wir vermeiden, dies gilt auch für den Ersatz regionaler Nahrungsmittelproduktion durch Importe. Deshalb wollen wir den sog. NaWaRo-Bonus, der die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe vergütet, verändern. Er darf in Zukunft nur bei einem noch zu bestimmenden Anteil von Reststoffen aus Landwirtschaft und Nahrungsmittelsektor gewährt werden. Auch für die Energieäcker muss Fruchtfolge gewährleistet sein, der Flächennachweis darf dabei nicht zu einer Formalie verkommen. Wir wollen Biogas, Nahrungsmittelproduktion und Naturschutz zusammenbringen.

Eine für die VerbraucherInnen transparente, den ErzeugerInnen gegenüber faire, vielfältige, gentechnikfreie und umweltschonende und für die LandwirtInnen rentable Landwirtschaft, die eine vielfältige Kulturlandschaft pflegt und erhält – dies ist unser Ziel für Baden-Württemberg. Helfen Sie mit, es zu erreichen!